Abendausgabe

Nr. 26 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 13

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
16. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Fürstenabfindung und Volksentscheid.

Ein Beschluß des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand hat beschlossen, dem am Dienstag zusammentretenden Parteiausschuß vorzuschlagen, die organisatorische Vorbereitung für einen Volksentscheid über die Fürstenabfindung zu treffen.

Der Beschluß des Parteivorstandes ist unter dem Eindruck der Tatsache gefaßt, daß nach der bisherigen Entwicklung der Dinge wenig Aussicht besteht, im Reichstag eine Lösung zu erzielen, die dem Rechtsempfinden des Volkes einigermaßen entspricht. Wenn der Reichstag versagt, bleibt nur noch der Appell an das Volk übrig. Zu seiner erfolgreichen Durchführung ist notwendig, daß ein einheitlicher Entwurf zustande gebracht wird, der juristisch einwandfrei ist, und das Zustandekommen eines rechtskräftigen Gesetzes im Sinne der Verfassung ermöglicht. Andernfalls besteht die Gefahr, daß trotz allem die ganze Frage wieder auf den Weg der Rechtsprechung durch die Gerichte geschoben wird und daß aller Aufwand nutzlos vertan ist.

Der Erfolg des Volksentscheids wäre im höchsten Grade gefährdet, wenn verschiedene mit einander konkurrierende Entwürfe eingebracht würden. Denn dann würde Stimmenzersplitterung eintreten, und es käme nichts zustande.

Es darf also nur ein Entwurf eingebracht werden und dieser muß so beschaffen sein, daß er erstens den Rückweg zur ordentlichen Rechtsprechung versperrt und zweitens die stärkste Anziehungskraft auf die breitesten Volksmassen ausgeübt wird.

Alles in allem handelt es sich um Entschlüsse, die, bevor sie gefaßt werden, auf das allersorgfältigste vorbereitet, dann aber, wenn sie gefaßt sind, mit der denkbar größten Kraftentfaltung durchgeführt werden müssen.

Die letzte Entscheidung in dieser Frage wird fallen, sobald sich klarer herausgestellt haben wird, was der Reichstag kann und will.

Mittelparteien und Fürstenabfindung.

Zwischen den Mittelparteien des Reichstags sind am Freitag Vereinbarungen über Grundsätze zustandegekommen, nach denen bei der Regelung der Fürstenabfindung künftighin verfahren werden soll. Diese Vereinbarungen sollen in einem Gesetzentwurf zusammengefaßt werden, der schon demnächst dem Reichstag zugehen wird. Dieser Gesetzentwurf soll die Einsetzung eines besonderen Schiedsgerichts beim Reichsgericht in Leipzig vorsehen. Es wird nicht nur über alle Abfindungs-, sondern auch Aufwertungsansprüche der ehemaligen Fürsten zu entscheiden haben. Dieses Schiedsgericht wird aus Berufsrichtern und hohen Verwaltungsbeamten zusammengesetzt sein. Die Entscheidungen, die es fällt, sollen sich auf die im Gesetz fest aufgestellten Grundsätze stützen, an die das Schiedsgericht gebunden ist. Die Entscheidung dieses Schiedsgerichts soll dann endgültig sein. Ausgenommen sind Abfindungsansprüche, die durch Vergleich oder durch gerichtliches Urteil bereits erledigt sind. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens oder eine Ueberprüfung kann nicht erfolgen.

Wie verlautet, wollen die Mittelparteien sich jetzt bemühen, auch die Zustimmung der anderen Fraktionen zu dieser Vereinbarung zu erreichen. Bei der Sozialdemokratie muß die hier vorgesehene Regelung die allergrößten Bedenken auslösen.

Noch immer nichts.

Die Mittelparteien können sich nicht einigen.

Die Besprechungen der Mittelparteien beim Reichskanzler Luther über die Regierungsbildung, zu denen jede der beteiligten Fraktionen zwei Vertreter entsandt hatte, haben heute vormittag 10 Uhr begonnen. Die Besprechungen haben bis 1 Uhr gedauert, sie werden heute nachmittag fortgesetzt werden.

Mit dem Reichswehrminister Geßler wird weiter verhandelt. Sein Entschluß zurückzutreten, scheint noch nicht endgültig zu sein. Das Zentrum wirkt sehr stark auf ihn ein, zu bleiben. Es wird versichert, daß die Einwirkung nicht aussichtslos sei.

Die Fraktionen der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei haben gegen mittag Sitzungen abgehalten.

Der Streit um die Ressorts.

Die demokratische Presse vertrat heute morgen mit großer Entschiedenheit den Anspruch der Demokraten auf das Innenministerium. Das „Berliner Tageblatt" bezeichnete den Streit um das Innenministerium als Prinzipienfrage, nicht als Personenfrage; die „Vossische Zeitung" erklärte, in einer Regierung, die nur der Vorbereitung einer Rechtsschwenkung dienen solle, hätten die Demokraten nichts zu suchen.

Die „Germania" versicherte, daß der Vorschlag, das Reichswehrministerium mit dem Volksparteiler Brüninghaus zu besetzen, auf starken Widerstand gestoßen sei, und erklärte weiter:

Das Zentrum kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß das Innenministerium nach den Plänen Luthers besetzt wird und gleichzeitig der Volkspartei noch dazu das Wehrministerium gegeben wird. . . . Die Demokraten dürften, wie verlautet, darauf bestehen, daß das Innen- und Wehrministerium von ihnen besetzt wird. Dieser Anspruch findet im Zentrum jedenfalls keinen Widerspruch. Es bleiben für die Deutsche Volkspartei dann immer noch drei Ministerien über, das wichtige Außenamt und das Finanz- und das Verkehrsministerium.

Ueber die Haltung der Zentrumsfraktion veröffentlichte das „Berliner Tageblatt" einen Bericht, in dem es heißt:

Es wurde dabei der Meinung Ausdruck gegeben, daß Luther augenscheinlich beauftragt sei, ein sogenanntes „neutrales Kabinett" zu bilden, und daß angesichts dessen besonders darauf geachtet werden müsse, daß jede Fühlungnahme nach rechts, die durch sogenannte unpolitische und unparlamentarische Persönlichkeiten offenbar hergestellt werden soll, vermieden werden muß. ... Von diesem Gesichtspunkt aus wurde in der Zentrumsfraktion übereinstimmend das Verlangen der demokratischen Fraktion nach dem Innenministerium als durchaus berechtigt anerkannt. Es wurde ferner betont, daß man der demokratischen Fraktion auch das Reichswehrministerium zugestehen könne, wenn sie darauf Anspruch erhebt. Ferner wurde in der Zentrumsfraktion sehr deutlich gesagt, daß man dringend wünsche, daß an die Stelle des zurücktretenden Reichswehrministers eine zuverlässige republikanische Persönlichkeit treten möge.

Die Pläne Luthers, das Reichsinnenministerium zu „neutralisieren", haben weder in der demokratischen, noch in der Zentrumspresse Gegenliebe gefunden.

Der Horthy-Sumpf.

Die Rolle des Berliner Gesandten von Kanya.

Der Pariser „Matin" veröffentlicht Auszüge aus einem Tagebuch, das der in Amsterdam auf frischer Tat verhaftete ungarische Oberst Jankowitsch in den letzten Wochen führte. Darin finden sich zwei Eintragungen, die sich auf den ungarischen Gesandten in Berlin, Koloman v. Kanya, beziehen und deren Sinn ganz unzweideutig ist. Am 2. Dezember trägt Jankowitsch ein:

„Ich wohnte schon bei Windischgrätz in einem sehr schönen Zimmer. Wir gingen zusammen zu Nadossy. Er verspricht uns alle Unterstützung zur Reise. Dann gingen wir zum „Bureau der Noten". Ich soll nach Berlin, wo mir Kanya helfen soll."

Eine Woche später schreibt der Fälscher-Oberst:

„Heute sind wir endlich fertig, nur die Visen fehlen noch. Nadossy hat über mich an Kanya geschrieben."

Unmittelbar nach Aufdeckung des Fälscherskandals war in deutschen Blättern behauptet worden, daß der Gesandte von Kanya ein Vertrauensmann der „Rassenschützler" sei und mit den Fälschern in Verbindung stehe. Bei einer hier bereits erwähnten Pressebesprechung in der hiesigen ungarischen Gesandtschaft trat der Stellvertreter des Gesandten von Wettstein diesen Behauptungen entgegen.

Dem „Berliner Tageblatt" hat von Kanya auf Anfrage zugegeben, daß er Nadossy seit vierzig Jahren kenne, er bestreitet jedoch entschieden, einen Brief von Nadossy oder einen Besuch von Jankowitsch empfangen zu haben.

Gegenüber den sehr präzisen und unzweideutigen Tagebucheintragungen des Jankowitsch vermag dieses Dementi keineswegs zu überzeugen. Geradezu lächerlich wirkt namentlich die Ausrede Kanyas, daß mit der von Jankowitsch erwähnten „Hilfe" nur jene allgemeine Hilfe gemeint seine konnte, auf die jeder ungarische Staatsbürger von den Gesandtschaften seines Landes Anspruch habe.

Demgegenüber muß mit aller Entschiedenheit erklärt werden, daß der Gesandte von Kanya nunmehr in Berlin eine unmögliche Figur geworden ist. Das deutsche Auswärtige Amt hat die Pflicht, dies der ungarischen Regierung deutlich mitzuteilen, falls diese nicht den Mut und den Takt selbst aufbringt, von sich aus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die deutsche Regierung hat lange genug der ungarischen Regierung gegenüber eine Schwäche gezeigt, die an Würdelosigkeit grenzte. Wir erinnern nur an die stillschweigend hingenommene Sabotage der Fahndung nach den Erzbergermördern und an das Beileidstelegramm des Reichsverwesers Horthy an den „König Rupprecht von Bayern" nach dem Tode des abgedankten Königs Ludwig III.

Die Tagebucheintragungen des Jankowitsch im Fall Kanya zeigen, was von offiziellen ungarischen Dementis überhaupt zu halten ist. Der Ministerpräsident Bethlen verspricht zwar täglich, daß er reinen Tisch machen werde, aber, selbst wenn man ihm persönlich den guten Glauben einräumt, so zeigt sich immer aufs neue, daß aus politischen Gründen alle möglichen führenden Persönlichkeiten geschont werden, solange sie nicht überführt sind. Aus diesem Grunde wollen wir zwar das amtliche Budapester Dementi registrieren, in dem die auch von uns gebrachte Meldung bestritten wird, daß der Kabinettchef Horthys Dr. Bartha und der Flügeladjutant Magashazy in die Fälscheraffäre verwickelt seien, aber Glauben können wir dieser Berichtigung ebensowenig schenken wie den Erklärungen des Herrn von Kanya.

Die neue Betriebsführung.

Eine Auseinandersetzung mit dem Taylor-System.

Von Anna Geyer.

Nachdem die Stabilisierung unserer Währung für Deutschland wieder normale Verhältnisse auf dem Weltmarkt geschaffen hatte, zeigte sich sehr schnell, daß unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Vorkriegsjahren geringer geworden ist. Andere Länder, besonders Amerika, konnten billigere und teilweise auch bessere Industrieerzeugnisse anbieten. Sie hatten in den Kriegs- und Nachkriegsjahren ihre Betriebsorganisation verbessert und zugleich durch Lohnerhöhungen die Kaufkraft der Arbeiterschaft gesteigert. In Deutschland waren in den Jahren der „Flucht in die Sachwerte" die Betriebe zwar vergrößert worden. Eine bessere Durchorganisierung wie in Amerika wurde indessen nicht vorgenommen. Die Löhne der Arbeiter wurden niedrig gehalten, so daß auch auf dem inneren Markt keine günstigen Absatzmöglichkeiten bestanden.

In der Zeit der herannahenden Krise steigerte sich bei uns das Interesse für die amerikanische Form der Betriebsführung. Viele Bücher und noch mehr Artikel wurden in den letzten Jahren über dieses Problem geschrieben. Zeitschriften erschienen. Wissenschaftliche Forschungsinstitute entstanden. Betriebsleiter und Arbeitervertreter reisten nach Amerika, um an Ort und Stelle ihre Studien zu machen.

Nun ist die Wirtschaftskrise, die durch finanztechnische und politische Maßnahmen zwar verzögert, aber nicht aufgehalten werden konnte, ausgebrochen. Die Steigerung der Produktivität der Betriebe ist damit zu einer Tages- und Existenzfrage der deutschen Wirtschaft geworden.

Die notwendige Umgestaltung der Betriebsorganisation erfordert das besondere Interesse der Arbeiterschaft, weil ganz offenbar bei den deutschen Unternehmern die Neigung besteht, vorwiegend die für die Arbeiterschaft ungünstigen Seiten der amerikanischen Betriebsführung und des Taylor-Systems auf Deutschland zu übertragen. In dem Kampf, den in erster Linie die Gewerkschaften auf diesem Gebiet zu führen haben, ist ihnen ein starker Mitstreiter entstanden in einem Buch von Prof. Ermanski, Moskau*), das in Rußland schon mehrere Auflagen erlebte und das jetzt auch in deutscher Uebersetzung vorliegt.

Der besondere Wert des Buches besteht darin, daß hier ein Sozialist, vom Interesse der Arbeiterschaft ausgehend, sich in gründlicher Weise mit dem Taylor-System auseinandersetzt. Das Buch ist lebendig geschrieben. Es sollte trotz seines Umfanges von über 500 Seiten von allen Gewerkschaftssekretären und von möglichst vielen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten gelesen werden, weil bei der kommenden Umgestaltung der Betriebe die Arbeiter sich klar darüber sein müssen, inwiefern eine Steigerung der Produktivität der Betriebe sich mit ihren eigenen Interessen deckt.

Ermanski unterscheidet zwei Faktoren des Arbeitserfolges: Produktivität und Intensität. Als Produktivität der Arbeit bezeichnet er ein möglichst vorteilhaftes Zusammenwirken von erstklassigen Produktionsmitteln (Rohstoffe, Maschinen und wohlgeordnete Werkzeuge) mit dem für diese Arbeit besonders geeigneten Arbeiter. Arbeitsintensität ist die erhöhte Anspannung der Arbeitskraft selbst. Sowohl die eine wie die andere Methode wird im Taylor-System angewendet.

Zur Steigerung der Produktivität der Arbeit müssen die Fabriken zweckmäßig gebaut sein, die jeweils modernsten Maschinen, die besten Werkzeuge und erstklassige Rohstoffe müssen gekauft werden. Zur Steigerung der Intensität der Arbeit müssen die Arbeiter gefunden werden, die zu einer außerordentlichen Anspannung ihrer Kraft bereit sind. Die Lohnzuschläge, die sogenannten Prämien, die diese Arbeiter anfangs bekommen, fallen gegenüber ihrer Mehrarbeit für den Unternehmer kaum ins Gewicht. Zur zweckmäßigen Umgestaltung ihrer Fabriken und Maschinen müssen die Unternehmer indessen in der Regel größere Aufwendungen machen. Der Linie des geringsten Widerstandes entsprechend, findet der Teil des Taylor-Systems, der sich mit der stärkeren Anspannung der menschlichen Arbeitskraft befaßt, unter den Fabrikbesitzern begeisterte Anhänger.

Taylor läßt einen besonders kräftigen Arbeiter einige Zeit mit aller Energie arbeiten, mißt die verbrauchte Arbeitszeit mit der Stoppuhr und setzt die Arbeitsleistung dieses Arbeiters dann als normale Leistung für alle Arbeiter fest. Sie bekommen für diese „Normalleistung" einen Lohnzuschlag von etwa 50 Proz. Erreichen sie die festgesetzte Arbeitsleistung nicht, so fällt der Lohn meistens steil ab. Er ist oft niedriger als vordem, trotz höherer Leistungen. Nach Taylors Theorie sollen solche Arbeiter entlassen werden.

Die Durchführung solcher Grundsätze ist nur möglich mit der Zustimmung der Arbeiterschaft. Diese Zustimmung ist von einer gut organisierten Arbeiterschaft natürlich nicht zu erreichen, und ganz folgerichtig vertritt Taylor den Grundsatz, daß möglichst unorganisierte Arbeiter auszuwählen sind, und daß mit jedem Arbeiter einzeln verhandelt werden muß. Ganz bewußt wendet sich Taylor gegen die Hauptquelle der Kraft der Arbeiterklasse, gegen ihre Klassensolidarität.

In der Praxis hat sich gezeigt, daß das Solidaritätsgefühl und der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiterklasse stärker

*) Prof. J. Ermanski: Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylor-System. Verlag: J. H. W. Dietz Nachf., Berlin 1925.

war als alle Unternehmerbegeisterung für diese Seite des Taylor-Systems. Es ist weder in Amerika noch in anderen Ländern gelungen, es für wesentliche Teile der Arbeiterschaft durchzuführen.

Aber die Arbeiterschaft, die in immer stärkerem Maße für sich das Recht in Anspruch nimmt, nicht nur ein Werkzeug zur Gütererzeugung zu sein, sondern auch selbst entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Produktionsprozesses zu gewinnen, kann sich nicht begnügen mit einer einfachen Abwehr dieser Seite des Taylor-Systems. Mit Recht gibt deshalb Ermanski in seinem Buche auch einen Ueberblick über den Stand einer wirklich wissenschaftlichen Erforschung der menschlichen Arbeitskraft. In diesem Teil des Buches finden sich Abschnitte über die normale Arbeitsleistung, über die Wirkung der Unterernährung, über Ermüdung und Erholung, über Aehnlichkeit und Unterschiede zwischen Mensch und Maschine. In einem besonderen Anhang wird das Ermüdungsproblem noch gründlicher untersucht. Trotz dieser Vielseitigkeit und trotz der Arbeit ernster Forscher auf diesem Gebiete ist der stärkste Eindruck, den dieser Teil des Buches hinterläßt: das geringe Interesse, das die Wissenschaft im allgemeinen dem Wesen menschlicher Arbeitsleistung zugewendet hat. Ungleich größer ist die Zahl der Gelehrten und das Maß der aufgewendeten Arbeitskraft auf den meisten anderen Wissensgebieten. Erst in den letzten Jahrzehnten hat die Erforschung der menschlichen Arbeitskraft begonnen.

Ermanski weist auch darauf hin, daß wir gegenwärtig die ersten zaghaften Versuche erleben, an Stelle der rein zufälligen Berufswahl eine wirkliche Auswahl der passendsten Arbeitskräfte zu treffen. Die heutige Psychotechnik geht ebenso wie das Taylor-System in unserer Zeit des Kapitalismus vom Unternehmerinteresse aus. Und doch dienen diese Arbeiten in gewissem Sinne auch dem Sozialismus, weil sie Planmäßigkeit und Rationalisierung der Wirtschaft fördern. Es liegt deshalb im Interesse des Sozialismus, wenn die Arbeiterschaft alle Bestrebungen unterstützt, die dazu dienen, die Tätigkeit in den Betrieben schon jetzt möglichst rationell zu gestalten. Das darf niemals auf Kosten der Arbeitskraft des Proletariats geschehen. Ihr Selbsterhaltungstrieb wird der Arbeiterklasse hier deutlich die Grenze zeigen.

Als ein erfreuliches Zeichen ist es zu werten, daß in Deutschland die Bewegung zur Steigerung der Produktivität der Betriebe von den Gewerkschaften einen starken Anstoß empfing. Die Arbeiterschaft kann es als ein Kompliment an ihre bessere Einsicht hinnehmen, wenn ein Unternehmervertreter wie Köttgen die Verbesserung der Arbeitsmethoden als eine alte Arbeiterforderung bezeichnet.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie befindet sich freilich in einem großen Irrtum über die Funktion des Unternehmertums, wenn er in seiner letzten Denkschrift glaubte, indirekt der Allgemeinheit die Kosten für die notwendige Rationalisierung der deutschen Betriebe aufbürden zu können. Die Allgemeinheit hat daran zwar ein lebhaftes Interesse und sie wird auch einmal die laufenden Aufgaben für die Rationalisierung der Betriebe aufbringen müssen. Aber diese Funktion wird die Allgemeinheit erst übernehmen können, wenn in der wirklich rationellen, in der sozialistischen Wirtschaftsordnung die Gütererzeugung nicht mehr dem Profit der Unternehmer, sondern dem Interesse der Allgemeinheit dient.

Genosse Reichstagsabgeordneter Schöpflin wurde heute morgen in seiner Wohnung durch Gas betäubt aufgefunden. Er hatte versehentlich den Gashahn nicht fest geschlossen. Der kleine Unfall hat keinerlei nachteilige Folgen für Genossen Schöpflin gehabt, er befindet sich wieder bei voller Gesundheit.

Albert Thomas kommt nach Berlin. Genosse Albert Thomas, der Direktor des internationalen Arbeitsamts in Genf, trifft Montag, den 18. Januar, zu mehrtägigem Aufenthalt in Berlin ein.

Der Skandal der Fürstenabfindung.

Selbst Volksparteilern wird es zu bunt.

In der „Täglichen Rundschau" nimmt der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Gildemeister zur Fürstenabfindung Stellung und schreibt u. a.:

„Gegenüber der äußersten Staatsnotwendigkeit hat das Privateigentum im Ausnahmezustand zu weichen, ebenso wie beispielsweise andere „wohlerworbene Rechte", wie etwa die viel berufenen Beamtenrechte — im Grundgedanken natürlich noch viel weniger —, der Staatsnotwendigkeit entgegengesetzt und gegen sie durchgesetzt werden können. Wollte man aber selbst das Hausvermögen der Dynastien als Privatvermögen auffassen, wollte man ganz die Augen demgegenüber verschließen, daß deutsche Länder, wie Thüringen, unmöglich den größten Teil ihrer Substanz den ehemals regierenden Häusern ausliefern können, mithin sich auf den extremen privatwirtschaftlichen Standpunkt stellten, so kann heute einfach nicht an der Tatsache vorübergegangen werden, daß der heutige Staat durch währungspolitische Irrtümer und durch falsche finanzpolitische Maßnahmen, aber auch durch sonst beliebte Eingriffe in das Wirtschaftsleben und bestehender Rechtsverhältnisse in einer Weise mit dem Privateigentum umgesprungen ist, daß vermutlich die Revolutionäre von 1789 gegen diesen Staatssozialismus mit allem Nachdruck aufgetreten wären. Wenn man aber mit den Abgeltungsverordnungen von seiten des Staates in die mit ihm bestehenden vertraglichen Verhältnisse rücksichtslos eingegriffen hat, wenn man im Ausgleichsverfahren die deutschen Guthaben nicht ausbezahlt, das liquidierte Eigentum nicht ersetzt hat, wenn schließlich der Staat seine eigenen Anleihen verleugnet hat, so wird man nicht untertänigst an dem Hausvermögen der deutschen Fürsten vorübergehen und dieses als sakrosankt erklären müssen.

Es ist freilich im Sinne der deutschen Geschichte so außerordentlich bedauerlich, daß die deutschen Fürsten dieser Lage der Dinge in Deutschland nicht Rechnung getragen, daß sie keine Berater gefunden haben, die ihnen sagten, daß es ihre Ehrenpflicht wäre, in erster Linie zur Not des Vaterlandes beizusteuern, in dem sie doch nunmehr deutsches Bürgerrecht erwerben sollen. Es wäre ganz außerordentlich wünschenswert, wenn die deutschen Fürsten von der politischen Bühne besser abzutreten verständen, wenn unter ihnen jetzt einige vorangehen würden, um nunmehr einer billigen Erledigung in den noch schwebenden Angelegenheiten die Wege zu ebnen, wie sie von einigen Fürstenhäusern bereits in liberaler Weise bisher gefunden worden ist."

Die „Nationalliberale Correspondenz" bemerkt dazu, daß man „dieser Auffassung nur beipflichten" könne. Die Volkspartei hat aber bisher alle Ansprüche der Fürsten für eine reine Rechtsfrage gehalten und jede reichsgesetzliche Regelung bekämpft. Auch bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung hat sie jeden Gedanken an eine reichsgesetzliche Regelung strikt abgelehnt. Jetzt scheinen selbst diese Fürstendiener genug zu haben.

Der Münchener Mordprozeß.

Es wird heute in der Zeugenvernehmung fortgefahren:

Der Zeuge Ingenieur **Zimmermann**, dessen Anwesen dem Hofbräuhauskeller gegenüber liegt, sagt aus, daß in seinem Hause eine Einquartierung gelegen habe. Am 4. Mai nachmittags sei man vom Hofbräuhauskeller zu ihm herübergekommen und habe gemeldet, es sei soeben angerufen worden, daß in Perlach Unruhen ausgebrochen seien. Es wurde sofort eine Formation zusammengestellt, die dann nach Perlach abrückte. Die Truppe habe auf den Zeugen einen guten Eindruck gemacht.

Der nächste Zeuge, Generalvertreter **Seidler** aus Berlin, der mit dem Freikorps Lützow an verschiedenen Aktionen, darunter auch an dem Marsch nach München, teilgenommen hat, sagt unter anderem aus, daß am 4. Mai gegen abend verschiedene Befehle durch den Major Schulz erteilt und dabei auch mitgeteilt worden sei, daß die Preußen jetzt zwar noch das Standrecht haben, aber nicht mehr die Standgerichtsbarkeit, die jetzt von den Bayern selbst ausgeübt werde. Der Zeuge schildert den Angeklagten Pölzing als einen tüchtigen Offizier und bestätigt, daß der Major Schulz am Tage der Erschießung vor 11 Uhr vormittags sein Quartier nicht verlassen hat, infolgedessen auch die Erschießung nicht veranlaßt haben kann. Der Zeuge hat unmittelbar nach der Erschießung vier Erschossene auf dem Hofe des Hofbräukellergebäudes liegen gesehen, und es ist

ihm sofort der Gedanke gekommen, daß hier etwas Unzulässiges geschehen sei.

Er habe deshalb sofort dem Major Schulz eine Meldung erstattet. Major Schulz sei über seine Mitteilungen empört gewesen. Pölzing habe erklärt:

„Was sollen wir diese Kerle durch die Stadt schleppen."

Der Zeuge äußert sich dann über seine Erfahrungen bei früheren Aburteilungen bei den verschiedenen Kämpfen. Nach seiner Ansicht hat der Angeklagte Pölzing kein Recht mehr zur Vollstreckung irgendwelcher Todesurteile gehabt.

Erwerbslosenfürsorge in Preußen.

Ein Antrag des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuß des Landtages nahm einen Antrag zur Erwerbslosenfrage an, in dem von der Regierung Sicherung einer ausreichenden Barunterstützung, gesteigerte Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge und stärkere Beteiligung der Gemeinden an der Hauszinssteuer in Notfällen gefordert wird. Weiter ersucht der Antrag die Regierung, sich mit dem Reich über eine Aenderung der Fürsorgeverordnung in Verbindung zu setzen, dergestalt, daß

1. die Jugendlichen von 16 bis 18 Jahren in die Fürsorge aufgenommen werden,
2. die Prüfung der Bedürftigkeit erleichtert wird,
3. die Saisonarbeiterfrage eine Milderung erfährt,
4. die Kurzarbeiterunterstützung baldigst durchgeführt wird.

Der stark in die Erscheinung tretenden Tatsache, der Stillegung von Betrieben ist, wie es weiter in dem Antrag heißt, die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die zuständigen Organe sind anzuweisen, in jedem Falle besonders nachzuprüfen, ob durch Kürzung der Arbeitszeit eine Aufrechterhaltung des Betriebes zu ermöglichen ist. Desgleichen muß auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Sowohl der Industrie als auch der Landwirtschaft müssen in stärkerem Maße als bisher geeignete deutsche Kräfte zugeführt werden, damit schließlich die ausländische Arbeitskraft durch einheimische Arbeiter ersetzt werden kann.

Sanierungsverständigung?

Die Kammerkommission berät weiter.

Paris, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In dem Konflikt zwischen der Regierung und der Finanzkommission ist am Freitag in den späten Abendstunden eine unerwartete Wendung eingetreten. Briand und Doumer, die zunächst mit einigen Mitgliedern der Kommission verhandelt hatten, erschienen am Abend selbst in der Kommission, wo es dann nach einer längeren Aussprache zu einem vorläufigen Kompromiß gekommen ist.

Danach hat sich die Regierung bereit erklärt, mit der Kommission zusammen an der Aufstellung eines neuen Sanierungsprogramms zu arbeiten. Darüber ist folgende Entschließung der Kommission zustande gekommen: „Die Finanzkommission stimmt dem von den Abgeordneten Lamoureux erstatteten Bericht zu, der den Artikel der Vorlage über den Zahlungsstempel ablehnt und den Gegenvorschlag des Kartells in Erwägung zieht, und nimmt, nachdem sie den Ministerpräsidenten und den Finanzminister gehört hat, Kenntnis von dem Angebot der Zusammenarbeit, die sie selbst verlangt und die von der Regierung angenommen worden ist. Getreu ihrer Auffassung und ihrer bisherigen Beschlüsse beschließt sie, die Arbeiten fortzusetzen zur Schaffung eines Gesetzentwurfes für die Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt, den sie zu Beginn der nächsten Woche der Kammer vorlegen wird."

Der Sinn dieses Kompromisses ist der, daß die Kommission zunächst darauf verzichtet, ihren Bericht an das Plenum zu erstatten, sondern versuchen wird, auf Grund der von der Regierung im Laufe des Abends gemachten Zugeständnisse, zu denen u. a. auch der Verzicht auf den Zahlungsstempel gehören soll, zu einer Verständigung mit dem Kabinett zu gelangen.

Vaterländische Revue.

Herr Dr. Ludwig Berger, bekannt als erfolgreicher und feinsinniger Filmregisseur, von Jeßner ans Staatstheater geholt, fühlt sich berufen, das Leben der Königin Luise für die Sprechbühne zu dramatisieren. Um einem dringenden Bedürfnis Rechnung zu tragen, sozusagen. Im ersten Teil seiner Dramenfolge glänzt Herr Dr. Berger mit seinem Geschick, aus einer geschichtlich und menschlich belanglosen Angelegenheit drei Akte = zehn Bilder zu formen. Es wird gezeigt, wie es dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm gelingt, seine Frau von seiner Liebe zu überzeugen und sie vor moralischen Anfechtungen zu bewahren. Spielte nicht das höfische Drum und Dran die Hauptrolle, sondern wäre z. B. von einer zheliebigen Luise Müller die Rede, so würde der magere Stoff nicht für einen einzigen Akt ausreichen. Die ersten Bilder sind mit Musik verbrämt und dazu bestimmt, den Zuschauer in melodramatische Stimmung einzulullen. Dramatische Bewegtheit trägt die Affäre des Prinzen Louis Ferdinand ins Stück, der Luise zu entführen versucht. Heiterkeit erzielt Dr. Berger, indem er in das steife zeremonielle Milieu einige Ausdrücke hineinprasseln läßt, wie etwa: die Welt ist voll Säue und Dreck, ein Kunstgriff, der schon den Vorgängern der Courths-Mahler große Erfolge gebracht hat. Im übrigen werden Fragen von weltgeschichtlicher Bedeutung aufgeworfen. „Ist es denn eine Sünde, einen Menschen nett zu finden", und „Das ist nicht mein Mann, der seinen Vater veranlaßt, nur seine Mätresse auf den Hals zu schicken". Solche moralphilosophischen Betrachtungen bilden stets den dramatischen Höhepunkt der einzelnen Bilder.

In seinem Film „Der verlorene Schuh" hat es Herr Dr. Berger verstanden, einen Kindermärchenstoff Erwachsenen mundgerecht zu machen. Seine „Kronprinzessin Luise", für Erwachsene geschrieben, wird das Herz jedes Backfisches erfreuen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht den volksbildnerischen Wert des Dramas anerkennen wird.

In der Aufführung des Deutschen Künstlertheaters vergaß man die Kitschigkeit des Stoffes infolge der unvergleichlichen Schauspielerleistungen. Friedrich Kayßler stellte einen trotz seiner Verschlossenheit menschlich erwärmten Kronprinzen Friedrich Wilhelm hin, eine Verkörperung unnahbarer Würde und ergreifender Innerlichkeit. Von der Luise der Käte Dorsch war von vornherein anzunehmen, daß sie den Publikumserfolg des Stückes besiegeln würde. So oft ist noch nie am Schluß einer Premiere der Ruf „Käte Dorsch" erschallen wie gestern. Die duftige Anmut, das Aengstliche und gleichzeitig Mutwillige eines in höfische Steifigkeit verpflanzten Naturkindes konnte nirgends in besseren Händen liegen. Bei Käte Dorsch erscheint nichts gemacht, weder das Stocken der Stimme, noch das plötzliche schuldbewußte Neigen des Kopfes, oder das ungestüme Aufbegehren eines getretenen Menschen. Eine hinreißende Leistung. Vor dieser beiden mußten die übrigen Darsteller in den Hintergrund treten: Theodor Loos, Frida Richard und Käte Haack nahmen an dem rauschenden Erfolg teil.

Ernst Degner.

Der neue Gilbert im Thalia-Theater.

Georg Okonkowski ist der Librettist, Robert Gilbert schrieb die Gesangstexte, und Jean Gilbert machte gemeinsam mit Robert die Musik. Das Ganze heißt „Lene, Lotte, Liese, Josefinens Töchter". Ein Volksstück ist es nicht, aber eine gut gearbeitete Operette. Drei Paare stehen am Schluß auf der Bühne unter dem elterlichen Segen. Der Text vermeidet Kitschigkeiten und Sentimentalitäten, die Tränendrüsen treten nicht in Funktion. Es bleibt bei der Andeutung, hin und wieder geschieht Banales: etwa das Terzett im dritten Akt vom Heidelberger Studenten, hierbei ist auch dem Komponisten nichts eingefallen, die Musik erinnert ungefähr an sacharinierte Salonmusik. Aber das ist eine Entgleisung, die vereinzelt dasteht. Sonst gibt es meistens Erfreuliches. Die drei Töchter der Portiersfrau Franke heiraten, zwei machen sogar sehr gute Partien, Lotte, die Tänzerin, entschließt sich doch für ihren Chauffeur Otto, der die Aussicht hat, ein großer Rennfahrer zu werden, und Lene heiratet dazu noch einen Großindustriellen. Dazwischen allerlei Episodisches, nicht gerade originell aber witzig gestaltet, alte, reichlich bekannte Typen tauchen auf und Situationen, die dagewesen sind, wirken noch immer durch ihr Tempo und ihren geschickten Aufbau. Nur die Portiersfrau Franke ist lebensvoll gesehen, mehr als eine Operettenschablone. Mondänes wird nicht aufdringlich betont, nur in Nebensätzen untergebracht. Es fehlen auch die erotischen Eindeutigkeiten der Couplets, der Weg der Operette wie auch der des Kabaretts scheint sich ins Harmlose zu wenden. Zu diesem sehr guten Libretto hat Gilbert eine kultivierte Musik geschrieben. Ein Mazur gelingt ihm weniger, er bleibt hergebracht trotz gestraffter Rhythmik, aber ein Blues und der Stepp „An der krummen Lanke" haben die Anwartschaft auf einen großen Schlagererfolg. Das Finale des zweiten Aktes, im üblichen Schema gehalten, ist gut gebaut, daneben verblaßt der dritte Akt, und die Uebertragung des „Gaudeamus igitur" in den Stepprhythmus wirkt witzig. Im Ganzen ist diese Operette, die keine neuen Wege weist, eine Leistung, die in vielem die übliche Produktion überragt.

Von den Darstellern standen Josefine Dora, Molly Wessely und Oskar Sabo an erster Stelle. Josefine Dora war ohne groteske Verzerrung die Portiersfrau, saftig, von Leben sprühend, mit einfachsten Mitteln wirkend; Molly Wessely, die Tänzerin, temperamentvoll, rhythmisch in Bewegung und Geste, stimmlich gut disponiert, Sabo selbstverständlich in der Haltung, ein vielleicht zu geleckter Chauffeur. In den anderen Rollen Vaseli, Paulig, Schräder und Lorhing. Charlotte Susa verfügt nicht über gelöste Bewegungen und Käthe Lenz hat eine Stimme die zur Opernsoubrette ausreichen würde. Rudolf Berak leitete die Aufführung schmissig und exakt.

F. S.

Die Leistungen des deutschen Luftverkehrs. Trotz aller dem deutschen Flugverkehr auferlegten Beschränkungen sind seine Leistungen doch sehr bedeutend, wie die Statistik im neuen „Nauticus-Jahrbuch" zeigt. Die Zahl der durch die Luft beförderten Personen ist in Deutschland größer als irgendwo anders, und wenn das Gewicht der Lufttransportgüter in England und Frankreich größer ist, so liegt das nur daran, das uns verboten ist, Fahrzeuge von mehr als 900 Kilogramm Traglast zu verwenden. Die Zahl der zurückgelegten Kilometer betrug im deutschen Luftverkehr 1923 1 751 329, 1924 3 006 582 und war in der ersten Hälfte 1925 bereits auf 2 417 151 gestiegen. Die Zahl der beförderten Personen belief sich 1923 auf 28 949, 1924 auf 49 919 und hatte im ersten Halbjahr 1925 die letztere Zahl mit 43 527 beinahe erreicht. Die Menge der beförderten Güter ist von 103 585 Kilogramm im Jahre 1923 für das erste Halbjahr 1925 auf 239 719 Kilogramm gestiegen. Am Ende des Sommers 1925 gab es über 40 regelmäßig beflogene Fluglinien innerhalb Deutschlands sowie zwischen Deutschland und seinen Nachbarländern. Auf einigen Linien wurde der Verkehr zum erstenmal bis kurz nach Weihnachten durchgeführt, während sonst schon bei Beginn der schlechten Jahreszeit der Betrieb eingestellt worden war. Bald werden die wichtigsten Luftlinien das ganze Jahr über aufrechterhalten werden, und auch in der Nachtzeit wird man regelmäßig Personen durch die Luft befördern, während bisher bei den Nachtflugverbindungen nur die Postbeförderung stattfand und der Personenverkehr ausgeschlossen war.

Es gibt wieder Millionäre in Rußland. Bis vor kurzem kannte die russische Gesetzgebung nur ein beschränktes Erbrecht. Ein Erbteil bis zu 10 000 Rubel war zulässig, wenn auch steuerpflichtig, während der diese Summe übersteigende Betrag restlos dem Staat zufiel. Nach dem neuen Gesetz ist das Erbrecht wesentlich gemildert und ausgedehnt worden. Es stellt einen progressiv steigenden Steuertarif für den Erben fest, der bei einem Erbanfall von mehr als 500 000 Rubel 90 Proz. Steuer bezahlen muß. Dieses Gesetz verdient Beachtung, weil es zeigt, daß die „neue ökonomische Politik" immer mehr von radikalen Theorien abläßt, und daß es auch in Rußland wieder Privateigentum und sogar Millionäre gibt.

Erstaufführungen der Woche. Dienst. Städt. Oper: „Elektra". **Donnerst.** Neues Theater am Zoo: „Störfel". **Sonnab.** Kleines Theater: „Der Dybuk".

Urania-Vorträge. Sonnt. (5 u. 7): „Abessinien." (9): „Ein amerikanischer Musterbetrieb". Von **Montag** an tägl.: „Aegypten". **Mont.** (9) Dr. Heck: „Auf Tierfang in Abessinien". **Mont., Dienst., Donn., Freit.** (7): „Die Großstadt der Zukunft". **Mittw.** (7): „Funkpraktikum". — Im Hörsaal von Sonntag an täglich: „Urwelt im Urwald".

Eine Schauspielervorstellung des „Fröhlichen Weinberges" findet am Montag nachm. 3½ Uhr im Theater am Schiffbauerdamm für die Volkswohlfahrtskassen der Genossenschaft statt. Karten für Bühnenmitglieder Friedrichstr. 11, Zimmer 10.

Sven Scholander, der schwedische Lautensänger, kommt nach mehrjähriger Abwesenheit wieder nach Berlin. Der erste Abend findet am Sonntag, den 17. Januar, im Bechsteinsaal statt.

Eine historische Fastnachtsausstellung in Mannheim. Die städtische Kunsthalle Mannheim eröffnete am 10. Januar 1926 eine neue umfangreiche Ausstellung unter dem Titel „Fastnacht einst und heute". In dem historischen Teil werden alte Masken und Kostüme, vor allem aus badisch-alemannischem Gebiet, gezeigt, ferner zahlreiche Abbildungen von Fastnachtskostümen und Szenen aus den verschiedenen Jahrhunderten, endlich eine Reihe der berühmten Mi-Münchberger Schembartb-Bücher. Der moderne Teil enthält u. a. die Ergebnisse eines Wettbewerbs für künstlerische Fastnachtskostümentwürfe.

Das Mißtrauen gegen die Justiz.

Beibehaltung oder Abschaffung des Staatsgerichtshofs.

Ueber das sehr wichtige Thema „Beibehaltung oder Abschaffung des Staatsgerichtshofes" hatte die Strafrechtliche Vereinigung der Berliner Rechtsanwaltschaft einen Vortragsabend veranstaltet. Der bekannte Vertreter im Tscheka- und Bothmer-Prozeß Rechtsanwalt Dr. Artur **Brand** hatte gemeinsam mit dem Verteidiger im Rathenau-Mordprozeß, Dr. **Bloch**, das Referat übernommen.

Dr. Brand führte aus, daß das Verfahren im Tscheka-Prozeß eine einzigartige Verletzung des elementarsten Rechtsgefühls gewesen sei. Der Prozeß bewies die Voreingenommenheit des Vorsitzenden **Niedner** gegenüber kommunistischen Angeklagten, die soweit ging, daß sogar die **Verteidigung beschränkt** wurde. Man könne sagen, daß ein derartiges Verfahren eine Gefahr für die Rechtspflege sei und daß es nur geeignet sei, dem Ansehen der Rechtspflege zu schaden. Eine Personalumbesetzung helfe hier nichts. Ein Sondergerichtshof mit politischer Tendenz sei wie jede Rechtsanwendung mit politischer Tendenz immer verfehlt. Es müsse eine zweite Instanz für jede Strafsache geschaffen werden und Berufung müsse weitgehend zulässig sein. Der Referent plädierte dafür, daß zwar das Gesetz zum Schutze der Republik bleiben solle, daß aber der **Staatsgerichtshof abgeschafft** werden müsse. Die dem Staatsgerichtshof zuständigen Angelegenheiten sollen den ordentlichen Gerichten überwiesen werden, selbst wenn darunter die einheitliche Rechtsprechung leide. An dem Referat von Bloch, der selbstverständlich gemäß seiner ganzen Parteieinstellung ebenso für die Abschaffung des Staatsgerichtshofes plädierte, war interessant, daß er **keine schlechten Erfahrungen bei dem Gerichtsverfahren vor dem Staatsgerichtshof feststellen** konnte, nur die Rechtsprechung hält er für parteiisch und es ist bezeichnend, daß er die Strafen, die gegen die Organisation C. verhängt worden sind, für viel zu scharf hält, obwohl gegen die Mitglieder der Organisation C, soweit sie vor dem Staatsgerichtshof standen, nur Gefängnisstrafen und keine Zuchthausstrafen verhängt wurden, wie sie bei linksgerichteten Angeklagten der Linksrichtung allgemein üblich geworden sind. In der recht lebhaften und interessanten Diskussion kam die allgemeine Unzufriedenheit mit der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes zum Ausdruck. Nur die Schlüsse, die daraus von den verschiedenen Rednern gezogen wurden, differierten je nach der verschiedenen Parteieinstellung. — Wir glauben, daß solange es an den Universitäten möglich ist, die zukünftigen Rechtsfinder meist einseitig gegen links zu beeinflussen, so lange wird mit allen Gesetzen gegen die auch von uns oft genug gekennzeichneten Uebel bei der Rechtsprechung nichts erreicht werden. Hier liegt der Kardinalfehler und hier muß angesetzt werden. Und es war ganz richtig, wenn einer der Diskussionsredner hervorhob, daß das letzte Motiv für die Schaffung des Staatsgerichtshofes das **Mißtrauen gegen die Rechtsprechung an den deutschen Gerichten** gewesen sei, daß sonst im allgemeinen die bestehenden Gesetze genügt hätten, die Taten, die jetzt in den Republikschutzgesetzen als strafwürdig bezeichnet werden, zu ahnden.

Der Kampf mit dem Schnee.

Die Städtische Straßenreinigung hat nach dem leichten Schneefall von gestern abend noch in der Nacht Streukolonnen zum Bestreuen der Fahrdämme, der Verkehrsstraßen eingesetzt. Mit Beginn der Frühschicht wurde die Stammbelegschaft um **1000 Hilfsarbeiter** verstärkt, auch wurden im Laufe des Vormittags sämtliche Schneepflüge eingesetzt. Wenn der Schneefall anhält, wird die Anzahl der Hilfskräfte entsprechend vermehrt werden.

Auf den verschneiten und vereisten Bürgersteigen kamen im Laufe des heutigen Vormittags wieder eine große Anzahl von Personen zu Fall. Fünf von ihnen zogen sich **Knöchel-, Bein- und Armbrüche** zu und konnten nach Anlegung von Notverbänden auf den städtischen Rettungsstellen auf eigenen Wunsch in ihre Wohnungen entlassen werden. Lediglich zwei Frauen, die sich besonders starke Verletzungen, Oberschenkel- und Oberarmbrüche, zugezogen hatten, mußten in Krankenhäusern übergeführt werden. Infolge der Glätte kam gegen ½12 Uhr vormittags in der Wallner-Theater-Straße, Ecke Blumenstraße, ein Lastwagen ins Schleudern, fuhr auf den Bürgersteig und riß einen Gaskandelaber um. Ein Fußgänger, der 25 Jahre alte **Georg Müller**, aus der Frankfurter Allee, wurde von dem niederstürzenden Kandelaber getroffen und am **Kopf verletzt**. Auch der Mitfahrer des Autos, Karl **Benz**, Dolziger Straße 28, wurde von seinem Sitz geschleudert und zog sich mehrere **Kopfverletzungen** zu. Beide erhielten auf der nächsten Rettungsstelle die erste Hilfe.

Zum Großfeuer bei Falkenberg.

In Ergänzung unseres Berichts über das Großfeuer bei Falkenberg in der heutigen Morgenausgabe erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Die große **Scheune**, die zur städtischen Gutsverwaltung Falkenberg gehört, ist mit ihrem wertvollen Getreideinhalt ein **Raub der Flammen** geworden. Der gewaltige Feuerschein war weithin sichtbar und hatte zu vielen übertriebenen Vermutungen Anlaß gegeben. Von großem Glück war, daß die Scheune auf freiem Felde 600 bis 700 Meter vom Dorfe entfernt stand, daß ein Uebergreifen auf andere Gebäude nicht zu befürchten war. Aus Berlin war Baurat **Meyer** mit einem Löschzug an die Brandstelle geeilt, doch trat dieser nicht erst in Aktion, da jeder Löschversuch von vornherein als aussichtslos erschien, zumal auch die Wasserbeschaffung äußerst schwierig war. Aber auch wenn sich in der Nähe der Feldscheune ein See oder fließendes Gewässer befunden hätte, aus dem die Wehren genügend Wassermengen hätten entnehmen können, wäre von der Scheune, die mit ihrem Inhalt wie Zunder brannte, nichts zu retten gewesen. Die ersten Löschversuche mußten sich darauf beschränken, das Feuer an der Stelle zu bekämpfen, wo man die Leiche des Verbrannten vermutete. Es gelang auch, die bis zur Unkenntlichkeit verkohlte Leiche mit Feuerhaken aus den Flammen herauszuziehen. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle der Gemeinde Falkenberg geschafft. Ueber die Person des Toten besteht noch keine Klarheit. Die Kriminalpolizei ist eifrig mit der Feststellung der Personalien des Toten beschäftigt. Wahrscheinlich ist es ein Handwerksbursche, der auch durch irgendein **unvorsichtiges Hantieren mit einem Streichholz** oder einem fortgeworfenen **brennenden Zigarettenrest** den Brand verursacht hat. Die Vermutungen, daß vielleicht noch mehr Personen in dem Flammenmeer umgekommen sind, hat sich bisher glücklicherweise nicht bestätigt. Erst in den Morgenstunden ließ das Feuer nach. Gegen 8 Uhr kam es zum Erlöschen. Der Schaden ist sehr groß, er wird insgesamt auf etwa 40 000 Goldmark geschätzt.

„Mr. Chilli."

Heilung durch Hypnose versprach auf Handzetteln, die er verteilen ließ, ein 34 Jahre alter Oskar **Lindenau**, der von der Kriminalpolizei wegen Sittlichkeitsvergehens festgenommen wurde. Lindenau, der sich lieber „**Mr. Chilli**" nennen ließ, betrieb die Hypnose, in deren Anwendung er nach den Feststellungen nicht unbewandert ist, besonders auf Rummelplätzen, auf denen er bald hier, bald da seine Bude aufbaute. Er behauptete, alle möglichen Krankheiten, auch Neigung zu Ausschweifungen aller Art heilen zu können und fand so auch Zulauf von jungen Knaben und Mädchen. Auf Grund von Anzeigen beobachtete die Kriminalpolizei den Verkehr in seiner Wohnung in der Stargarder Straße 65/66, wo er auch seine Sprechstunden abhielt, und nahm ihn hier fest, nachdem die Ermittelungen die Anzeigen bestätigt hatten. Nach den bisherigen Feststellungen hat sich der Hypnotiseur **in acht Fällen** an Mädchen und in **vier** an Knaben vergangen. Die Verfehlungen an den Knaben gibt er zu, die anderen bestreitet er. Mitteilungen von weiteren Jugendlichen, die dem Unhold in die Hände gefallen sind, nimmt Kriminalkommissar **Johannes Müller** im Zimmer 330 des Polizeipräsidiums entgegen.

Die Demagogen gegen die Demagogie

Die Fortsetzung der russischen Debatten.

Das russische Zentralkomitee hat nach seinem Siege auf dem Parteitage zwar die Redaktion der Leningrader „**Prawda**" gemaßregelt und dadurch erreicht, daß nach außen hin eine **Scheinruhe** entstanden ist. In Wirklichkeit geht aber der Kampf innerhalb der KPR. weiter. In einem Referat, das **Bucharin** am 5. Januar vor den Moskauer Parteifunktionären gehalten hat, gibt Bucharin (nach dem Bericht der „Prawda" vom 12. Januar) selber zu, daß dieser „Kampf, der gegen die Entschließungen des Parteitages gerichtet ist, zum Teil **weiter andauert**". Die Moskauer Machthaber sind darüber sehr unglücklich. In seinem Referat wirft Bucharin gegen die Opposition sehr energisch. Er beschuldigt sie der **Demagogie**, und Demagogie ist vom Standpunkte der russischen Machthaber aus ein schweres Verbrechen. Seine Philippika gegen die Demagogen entbehrt nicht eines komischen Beigeschmacks. Wenn man sie liest, denkt man unwillkürlich: wie schade, daß Bucharin diese Standpauke nicht den kleinen, von ihm **hier bei uns** bezahlten Demagogen hält. Wörtlich erklärt er:

„Die jetzige Opposition ist gefährlicher als irgendeine Opposition, die wir je gehabt haben. ... Sie ist deswegen gefährlich, weil sie **scheckliche demagogische Losungen** anwendet.

Wir haben bei uns den Zustrom neuer Elemente. Da ist es **furchtbar leicht**, diesen neuen Elementen, die schlecht bezahlt sind, die unter Not und Entbehrungen leiden, **nur angenehme Dinge zu erzählen**. Eine solche demagogische Losung ist zum Beispiel die Forderung der **Gleichheit**. Auch **Gewinnbeteiligung** ist eine demagogische Losung. Wenn man behauptet, daß die roten Kommandeure unserer Armee „**Leute mit goldenen Achselstücken**" sind, dann ist das Demagogie schlimmster Sorte. Wenn man behauptet, daß unsere Wirtschaftler **Ausbeuter** sind, dann ist das auch reinste Demagogie.

Wenn man alle diese Angriffe auf eine Linie bringt, so ergibt sich eine sehr peinliche Situation. Denn wenn wirklich unsere Industrie **staatskapitalistisch** ist, wenn es in unserer Armee **Achselstückenträger** gibt, wenn unsere Wirtschaftler Ausbeuter sind und die „Neppolitik" nur ein Rückzug ist, dann ist das in der Tat **alles nur ein Abweichen vom Kommunismus**. Das werden unsere Gegner mit Freude aufgreifen. Wenn man dann noch behauptet: **die Partei ist schuld** daran, daß ihr wenig verdient, daß es bei uns keine Gleichheit gibt, daß viele Bauern keine Pferde haben, dann stützt man sich dabei selbstverständlich auf die zurückgebliebenen Arbeiterschichten, die schlecht bezahlt werden, die man erst noch erziehen muß, und die zu unserem Bedauern man **nicht so leicht** und nicht auf einmal gut bezahlen kann.

Die neue Opposition spiegelt die Schwierigkeiten des Aufbaues wieder. Sie spiegelt wieder die Stimmungen einiger **rückständiger** Elemente der Arbeiterklasse, die noch keine organisatorische Schulung durchgemacht haben, die nicht die ganze **Kompliziertheit** unserer Probleme verstehen und infolgedessen die sofortige Befriedigung aller ihrer Wünsche verlangen, die wir **jetzt noch nicht** befriedigen können. Die Opposition spiegelt auch einen gewissen Hochmut innerhalb der Arbeiterschaft wieder, die Stimmung gewisser aristokratischer Arbeiterschichten, die mit echt „proletarischem" Hochmut sich der Bauernschaft gegenüber verhalten und die Aufgaben der Arbeiterklasse auf diesem Gebiet verkennen. Anstatt diesen Schichten zu sagen: **Das können wir leisten, aber das können wir nicht**, diese Sache können wir **auf einmal** verwirklichen, jene Sache aber **nicht auf einmal**, statt dessen verspricht man jedem Bauern sein Pferd und allen die Gleichheit. Das ist ganz unmöglich. **So gibt man nur Versprechungen und nachher wird der Wechsel nicht eingelöst.** Am Ende wächst dadurch nur das Mißtrauen gegen unsere Industrie und gegen die Sowjetmacht. Am Ende würden wir dann nicht eine **Erziehung** der neuen Schichten der Arbeiterklasse haben, sondern im Gegenteil **den Kampf gegen die Sowjetmacht**. Am Ende hätten wir eine **Zersetzung** innerhalb der Arbeiterklasse selbst, den Kampf zwischen **gelernten** und **ungelernten** Arbeitern.

Und schließlich muß diese Methode unserer Opposition zu sehr **schweren Folgen** führen. Erstens, weil wir die Partei der Diktatur sind und eine Diskussion bei uns ein **überflüssiger Luxus** ist, der den Sowjetapparat ins Wanken bringt und weil schließlich nur unsere Gegner davon Nutzen haben, die diese Debatte ausnutzen. Auch gibt es **Verwirrung in den Reihen der Kommunistischen Internationale**, denn die Gegner halten selbstverständlich unseren Westeuropäischen Parteien diese Differenzen vor und sagen ihnen: Ihr redet von Leninismus, aber bei euch gibt es **zwei** Leninismen. Nun entscheidet erst einmal, was das **Richtige** ist, und **dann** könnt ihr kommen und uns belehren."

Bucharin äußert in diesem Zusammenhang seine allerhöchste Unzufriedenheit mit dem „**Vorwärts**", der nach seiner Meinung sich **zuviel** um die russischen Debatten kümmert. Er kündigt an, daß die Partei unter allen Umständen, auch mit organisatorischen Maßnahmen die Debatte zum Stillschweigen bringen werde, er läßt aber durchblicken, daß die Schwierigkeiten dafür **ungewöhnlich groß** sind. Jetzt haben die russischen Parteiführer auf einmal Verständnis dafür, daß das Paradies auf Erden sich **nicht in einem Tage** erschaffen läßt, und daß **jede** die Verantwortung tragende Regierungspartei wirtschaftliche Schwierigkeiten **nur Schritt für Schritt** überwinden kann. Jetzt erscheint Bucharin die **Demagogie** als Mittel der Diskussion innerhalb der Arbeiterbewegung als das **allerverwerflichste**. Warum nur kommt diese Einsicht so **spät**? Wieviel weiter wären wir in Deutschland, wenn die Abkehr von der Demagogie auch **hier** den Kommunisten empfohlen würde?

Prozeß Holzmann-Bartels.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung, die gegen 9½ Uhr eröffnet wurde, äußerte sich der Angeklagte **Bartels** zunächst zu den Punkten der Anklage wegen der Ausweisung mehrerer Bulgaren. Die Anklage wirft dem Angeklagten in diesem Punkte vor, drei Bulgaren namens **Dimitroff, Bodiajeff** und **Miheff** ausgewiesen zu haben, und zwar deshalb, weil sie ihm Konkurrenz gegen die Ostorientabteilung der Wertheim-Bank gemacht hätten, die auf Anregung des Zeugen **Theodroff** durch Vermittlung von Bartels eingerichtet wurde und an der der Angeklagte beteiligt gewesen sei. Der Angeklagte Bartels bestritt zunächst, daß er zu dem Leiter der Wertheim-Bank, Geh. Rat Grußer, vorher Beziehungen unterhalten habe. Der bulgarische Student **Theodoroff** sei eines Tages zu ihm gekommen und habe ihn gefragt, ob er, der Angeklagte, nicht wisse, wie man bulgarische Schecks verwerten könne. Es sei dies aber noch zu der Zeit gewesen, als er beim Staatskommissariat für öffentliche Ordnung tätig war.

Der Angeklagte schilderte sodann, daß er während der Revolution in Petersburg, wo das deutsche Konsulat von den Kommunisten gestürmt worden sei, sein ganzes Hab und Gut verloren habe und nur durch abenteuerliche Flucht sein Leben habe retten können. Er sei zurzeit der größten Wohnungsnot nach Berlin gekommen und habe stets in möblierten Wohnungen und Pensionaten wohnen müssen, was für ihn sehr große finanzielle Nachteile gehabt habe. So sei ihm die **Nebeneinnahme**, die durch die **5prozentige Beteiligung an dem Ostorientkonsortium** angeboten worden sei, sehr erwünscht gewesen, da er sozusagen sein ganzes Hab und Gut dem Staate geopfert habe. Der Angeklagte versuchte dann die Ausweisung der drei Bulgaren, die er später als Leiter des Fremdenamtes in die Wege geleitet hat, damit zu entschuldigen, daß die drei **Valutahyänen** gewesen seien, die die bulgarischen Studenten in der Nähe der Hochschule angesprochen und mit ihnen wilde Devisengeschäfte gemacht hätten. Der Zeuge **Theodoroff** habe ihm auch, als er sich seinerzeit beim Staatskommissariat nach Wirtschaftsschädlingen erkundigt habe, auf der Stelle die drei Bulgaren, die er gar nicht gekannt habe, genannt.

Einen frechen Raubüberfall verübte heute vormittag gegen 12 Uhr der Arbeiter **Kurt Scharbien** auf die 32jährige Frau Hedwig Bahr in der Friedrichstraße 215. Frau B. hatte auf ein Klopfzeichen die Wohnungstür geöffnet. Vor ihr stand ein jüngerer Mann, der sie unter irgend einem Vorwand sprechen wollte. Frau B. ließ den jungen Mann in die Küche. Doch kaum hatte sie die Wohnungstür geschlossen, als sich der Täter mit einem **Rasiermesser** auf die Ahnungslose stürzte. Er brachte ihr einen **schweren Schnitt am Halse** bei. Der Ueberfallenen gelang es aber noch um Hilfe zu rufen, darauf ergriff der Räuber die Flucht. Hausbewohner und Passanten nahmen seine Verfolgung auf, stellten den Täter und übergaben ihn der Polizei. Die Ueberfallene wurde nach dem Krankenhaus in der Gitschiner Straße gebracht.

Als der Steuerbescheid kam. Der Gärtnereibesitzer **Döring** aus **Drewitz** bei **Wannsee**, erhielt vom Finanzamt eine Steuerzustellung, welche er auf dem Gemeindeamt zu **Drewitz** regeln sollte. Bei der Erörterung derselben wurde der 64 Jahre alte Mann über die ihm ungerecht erscheinende Steuersache so erregt, daß er plötzlich bewußtlos vom Stuhle sank. Mitglieder vom Roten Kreuz, die zur Hilfe gerufen wurden, bemühten sich vergebens um den Bewußtlosen. Der in der Nähe wohnende Arzt Dr. **Parise** wurde gerufen, doch dieser konnte auch keine Hilfe mehr bringen. Infolge der Erregung über die Steuerangelegenheit hatte Döring einen Herzschlag bekommen, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Im Freibad Wannsee ist die Eisbahn noch in sehr guter Verfassung. Der Schnee hat nunmehr auch die **Rodel- und Schlittenbahnen** benutzbar gemacht. Der Besuch dieser städtischen Sportanlage ist der billigen Preise wegen jedermann zu empfehlen. Preiswerter Restaurationsbetrieb.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg-Nord. [illegible] Sonntag, Fahrt. Treffpunkt [illegible] Uhr, Bahnhof [illegible] Heim.

Sport.

15. Berliner Sechstage-Rennen.

Die Amerikaner führen das Feld.

Bei Beginn der **2-Uhr-Nachtwertung** hatte das Feld **825,630 Kilometer** zurückgelegt. Die Wertung brachte folgende Ergebnisse: 1. **Spurt**: 1. **Mac Namara** vor Hahn, Longardt und Stockelynck. 2. **Spurt**: 1. **Tonani** vor Tietz, G. Vandenhove und Gottfried. 3. **Spurt**: 1. **Stockelynck** vor Lorenz, Lewanow und Longardt. 4. **Spurt**: 1. **Tonani** vor G. Vandenhove, Dewolf und Stellbrink. 5. **Spurt**: 1. **Lewanow** vor Lorenz, Longardt und Stockelynck. 6. **Spurt**: 1. **Dewolf** vor Wittig, Möller und Tonani. 7. **Spurt**: 1. **Mac Namara** vor Debaets, Rieger und R. Vandenhove. 8. **Spurt**: 1. **Horan** vor Wittig, Krupkat und Möller. 9. **Spurt**: 1. **Golle** vor Bauer, Stockelynck und Persyn. 10. **Spurt**: 1. **Giorgetti** vor Tonani, G. Vandenhove und Gottfried.

Der Stand des Rennens nach der 2-Uhr-Nachtwertung ist nun folgender: 1. **Mac Namara-Horan 70 Punkte.** 2. Tonani-Saldow 58 Punkte. 3. Dewolf-Stockelynck 56 Punkte. 4. Rieger-Giorgetti 50 Punkte. 5. Hahn-Tietz 40 Punkte. 6. Bauer-Gottfried 40 Punkte. 7. Persyn-Debaets 32 Punkte. 8. Lorenz-Krupkat 28 Punkte. 9. Gebr. Vandenhove 21 Punkte. **1 Runde zurück**: 10. Möller-Lewanow 40 Punkte. 11. Wittig-Golle 33 Punkte. 12. Sawall-Rosellen 20 Punkte. 13. Stellbrink-Longardt 20 Punkte.

*

Es sei noch bemerkt, daß der „**Vorwärts**" das **einzige Blatt** ist, das bereits heute morgen über die mitternächtlichen Sensationen der letzten Nacht berichtet hat: Die Ueberrundung des Feldes durch das Breslauer Paar **Knappe-Rieger**, der schwere Sturz Knappes und Girardengos und die Bildung einer neuen Mannschaft Giorgetti-Rieger.

Theater der Woche.

Vom 17. Januar bis 23. Januar 1926.

Volksbühne: 17., 18. Vom lieben Augustin. 19. Der befreite Don Quichotte. 20., 21., 23., 24. Der Kaufmann von Venedig. 22. Judith. 25. [illegible]. — **Deutsches Theater**: Der Kreidekreis. — **Kammerspiele**: Die [illegible] der Verlassenen. — **Die Komödie**: Gesellschaft. — **Lessing-Theater**: [illegible]. — **Städt. Theater in der Königgrätzer Straße**: Einen Jux will er sich machen. — **Städt. Oper Charlottenburg**: 17. Die Meistersinger. 18. Orpheus in der Unterwelt. 19., 23. Elektra. 20. Die Brautwahl. 21. Die Zauberflöte. 22. Tannhäuser. 24. Don Pasquale. 25. Die Fledermaus. — **Großes Schauspielhaus**: Für Dich. — **Große Volksoper im Theater des Westens**: Das Spiel um die Liebe. — **Renaissance-Theater**: Kameraden. — **Die Tribüne**: 17., 20., 21., 25. Michael Hundertpfund. 18., 19., 22., 23., 24. Die neuen Herren. — **Opernhaus**: 17. Tristan und Isolde. 18. Carmen. 19. Mignon. 20. Othello. 21. Cavalleria Rusticana. Bajazzo. 22. Symphoniekonzert. 23. Zigeunerbaron. 24. Tannhäuser. 25. Ritter Blaubart. — **Kroll-Oper**: 17. Der fliegende Holländer. 18. Così fan tutte. 19. Troubadour. 20. Die lustigen Weiber von Windsor. 21. Evangelimann. 22. [illegible]. Barbier von Sevilla. 23. Madame Butterfly. 24. Tiefland. 25. Freischütz. — **Schauspielhaus**: 17., 18., 20., 22., 23., 24. Im weißen Rößl. 19., 21. Romeo und Julia. 25. Peer Gynt. — **Schiller-Theater**: 17. Journalisten. 18., 21. Kapitän Brassbounds Erben. 19., 20., 22. Jugend. 23. Minna von Barnhelm. 24. Wallensteins Lager. Piccolomini. 25. Maria Stuart. — **Deutsches Künstler-Theater**: Die Kronprinzessin Luise. — **Komödienhaus**: Der dreizehnte Stuhl. — **Berliner Theater**: Messalinette. — **Neues Theater am Zoo**: Bis 19. Der wahre Jakob. 20. Geschlossen. Ab 21. Gastspiel. — **Trianon-Theater**: Das Gespensterschiff. — **Residenz-Theater**: Die Durchgängerin. — **Zentral-Theater**: Der Fremde. — **Theater in der Kommandantenstraße**: Annemarie. — **Nelson-Theater**: [illegible]-Revue. — **Komische Oper**: Von A bis Z. — **Lustspielhaus**: Der blaue Vogel. — **Metropol-Theater**: No No Nanette. — **Theater am Schiffbauerdamm**: Der fröhliche Weinberg. — **Thalia-Theater**: [illegible] Töchter. — **Theater am Nollendorfplatz**: [illegible]. — **Theater am Kurfürstendamm**: Die Nacht der Nächte. — **Kleines Theater**: Bis 22. Die Kutsche der heiligen Liebe. Ab 23. Der Dybuk. — **Wallner-Theater**: Kolportage. — **Walhalla-Theater**: Das Mädchen ohne Ehre. — **Rose-Theater**: Wenn der Flieder blüht. — **Casino-Theater**: Der Meisterboxer. — **Herrnfeld-Theater**: Familie Schmock. — **Schloßpark-Theater Steglitz**: Die lustige Witwe. — **Theater im Admiralspalast**: Achtung, Welle 505! — **Apollo-Theater**: Film und Varieté. — **Wintergarten und Scala**: **Internationales Varieté.**

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 17. Der befreite Don Quichotte. 24. Judith. — **Theater in der Königgrätzer Straße**: 17., 24. Wie es euch gefällt. — **Gr. Schauspielhaus**: 17., 24. Für Dich. — **Kroll-Oper**: 17., 24. Das Konzert. — **Schiller-Theater**: 17. Geschwister. Der zerbrochene Krug. 19., [illegible] Journalisten. 24. Charleys Tante. — **Residenz-Theater**: 17. [illegible]. 24. Die Durchgängerin. — **Zentral-Theater**: 17. Geschlossene Vorstellung. 24. [illegible]. — **Theater in der Kommandantenstraße**: 17., 24. Annemarie. — **Thalia-Theater**: 17. Hänsel und Gretel. 24. Die Frau ohne Kuß. — **Rose-Theater**: 23. Hänsel und Gretel. 24. Als ich noch im Flügelkleide. — **Schloßpark-Theater Steglitz**: 17., 24. Märchenvorstellung. — **Theater im Admiralspalast**: 17., 24. Achtung, Welle 505! — **Die Tribüne**: 17., 24. Zurück zu Methusalem.

Gewerkschaftsbewegung

Erwerbslosenfürsorge und Landwirtschaft.

Vom Deutschen Landarbeiterverband wird uns geschrieben:

Die fünfte Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 14. November 1924 regelt die Frage der Befreiung von Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge. Beitragsbefreit sind heute: Arbeitnehmer, die neben ihrer Beschäftigung noch Besitzer oder Pächter landwirtschaftlichen Grundbesitzes von solcher Größe sind, daß sie von dem Ertrag mit ihren Angehörigen leben können. Beitragsbefreit ist das landwirtschaftliche Gesinde, das in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen ist, ferner Lehrlinge mit mindestens zweijähriger Lehrzeit.

Für die landwirtschaftlichen Arbeiter am wichtigsten ist die Bestimmung im Artikel 2: Beitragsbefreit ist eine Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft:

1. Wenn der Arbeitnehmer auf Grund eines Arbeitsvertrages von mindestens einjähriger Dauer beschäftigt wird, oder
2. wenn er auf Grund eines Arbeitsvertrages auf unbestimmte Zeit beschäftigt wird und ihm ohne wichtigen Grund und mit mindestens dreimonatiger Frist gekündigt werden darf.

Die bis jetzt geltenden Befreiungsvorschriften haben nun zu einer großen Mogelei der Landwirte geführt. Die Beiträge werden an die Krankenkasse abgeführt, dementsprechend auch die Anträge auf Beitragsbefreiung. Die Landwirte haben nun in der Mehrzahl aller Fälle in Deutschland ihre sämtlichen Arbeiter als für die Beitragsbefreiung in Frage kommend bei den Krankenkassen gemeldet. So gibt es in Preußen, in Bayern, Mecklenburg und anderen Ländern Landkrankenkassen, in denen alle Kassenmitglieder von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge befreit sind. Wir haben wiederholt auf diesen Schwindel hingewiesen.

Das hat nun die Reichsregierung veranlaßt, eine Aenderung der fünften Ausführungsverordnung vorzunehmen. Der Entwurf dazu wird zurzeit im Reichsrat behandelt. Die Veröffentlichung der neuen Verordnung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die Aenderung verlangt für alle Verträge, die nach Artikel 2 der jetzigen Verordnung Voraussetzung für die Beitragsbefreiung sind, die Schriftform. Im übrigen sollen die Krankenkassen, wie die Vorsitzenden der öffentlichen Arbeitsnachweise zu eingehender Nachprüfung der Befreiungsanzeigen angehalten werden.

Die heute geltende Fürsorge macht die Leistung der Fürsorge, d. h. die Zahlung der Unterstützung, nicht abhängig von der Beitragsleistung. Bisherige krankenkassenversicherungspflichtige Beschäftigung und Bedürftigkeit sind vielmehr die Voraussetzungen der Leistungen aus der Fürsorge. So kommt es, daß arbeitslose Landarbeiter Unterstützung erhalten, ohne Beiträge gezahlt zu haben, während arbeitslose Angestellte oder Industriearbeiter Beiträge zahlen, ohne Unterstützung zu bekommen.

Dieser Zustand wird sich sofort ändern mit Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung. Die Versicherung kennt nur Leistungen aus Beiträgen. Damit gewinnt die Frage der Einbeziehung der Landarbeiter in die Versicherung eine erhöhte Bedeutung. Man kann streiten über den Umfang von Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft. Fest steht, daß auch in der Landwirtschaft gewisse Sparten regelmäßig mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Denken wir nur an die Arbeiter in der Forstwirtschaft, im Weinbau, Torfstich usw. Mit einer gewissen Arbeitslosigkeit haben auch alle landwirtschaftlichen Freiarbeiter zu rechnen. Aber selbst Deputatarbeiter werden zeitweise arbeitslos, wenn auch die Zahl der Beschäftigten in dieser Gruppe als Erwerbslose nicht besonders ins Gewicht fällt. Wenn aber der Deputatarbeiter arbeitslos wird, dann bedeutet die Arbeitslosigkeit für ihn ein viel härteres Uebel, als für jeden anderen Arbeiter.

Der Schutz in Fällen der Arbeitslosigkeit muß jedem Arbeiter zugute kommen. Deshalb lautet unsere grundsätzliche Forderung: Einbeziehung aller Arbeiter aus der Landwirtschaft in die Arbeitslosenversicherung.

Unsere Gegner bekämpfen diese Forderung. Die Arbeitgeberverbände, der Reichslandbund, die gelben Landarbeiterverbände wollen den Landarbeitern einreden, daß sie mit ihren Beiträgen „nur die städtischen Erwerbslosen füttern". Das ist einmal nicht richtig. Aber selbst, wenn in der Landwirtschaft ein höherer Beitrag aufgebracht werden sollte, als zur Unterstützung von erwerbslosen Landarbeitern benötigt würde, dann wäre auch diese Leistung nur eine Selbstverständlichkeit.

Was den Landarbeitern aber verloren gehen würde, wenn sie in Fällen der Arbeitslosigkeit keinen Anspruch an eine Unterstützung mehr haben, ist leicht zu erkennen. Schutz in Fällen der Arbeitslosigkeit ist Schutz des Arbeiters im Arbeitsverhältnis überhaupt. Das wissen auch die Arbeitgeber, darum bekämpfen sie die Arbeitslosenversicherung.

Die Erwerbslosigkeit der Angestellten.

Stellungnahme des Berliner AfA-Ortskartells.

Der Vorstand des AfA-Ortskartells Berlin hat in seiner Sitzung vom 15. Januar 1926 nach einem Bericht über die Gestaltung der besonderen städtischen Hilfsaktion für die Berliner Erwerbslosen festgestellt, daß bisher nur ein kleiner Teil der Beschlüsse der Berliner Stadtverordnetenversammlung endgültig durchgeführt worden ist.

Unbeschadet der früher schon eindeutig festgelegten Stellungnahme des AfA-Ortskartells Berlin zu der Frage der Leistung von Notstandsarbeiten ohne völlige tarifliche Bezahlung und ohne vorherige genaue Prüfung des wirklichen Charakters solcher Arbeiten, weist der Vorstand des AfA-Ortskartells Berlin das Bestreben einiger staatlichen und städtischen Behördenstellen zurück, die Verantwortung für die Verzögerung der Regelung dieser Frage sich gegenseitig zuzuschieben, in einer Weise, die eigentlich weder dem Ernst der Situation noch dem Interesse der Erwerbslosen entspricht.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann nicht angenommen werden, daß zu den jetzt geplanten Notstandsarbeiten erwerbslose Angestellte, deren Zahl im Vergleich zu allen anderen Gruppen geradezu erschütternd wirken muß, herangezogen werden. Der Vorstand des Ortskartells Berlin hält es deshalb für seine Pflicht, an die oberbehördlichen Stellen den Appell zu richten, endlich einmal von der rein schematischen und bureaukratischen Erledigung der Notstandsaktionen abzusehen. Die für die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung stehenden Beträge müßten als freie Kredite den Gemeinden gegeben werden. Die Gemeinden könnten dann diese Gelder zur Ausführung der von den kommunalen Körperschaften für notwendig erkannten dringendsten Arbeiten verwenden, ohne, wie bisher, formalistische Kleinigkeiten und hemmende Einsprüche beachten und ohne zwangsweise als Lohndrücker auftreten zu müssen.

Hierdurch würden auch für die erwerbslosen Angestellten eher Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, als bei dem gegenwärtigen Verfahren. Diese Arbeitsmöglichkeiten für die Angestellten könnten zum Teil noch erhöht werden, wenn die realisierbaren Vorschläge der letzten Berliner AfA-Kundgebung durchgeführt würden, die die Inangriffnahme von Arbeiten zum Ziele haben, bei denen — gegen tarifliche Entlohnung — vorzugsweise auch Angestellte beschäftigt werden können, in einer dem Umfang ihrer katastrophalen Erwerbslosigkeit entsprechenden Zahl.

Wie Arbeiter abgefunden werden.

Der Betrieb der AEG. in der Gerichtstr. 12/13 wird jetzt aufgelöst, d. h. man glaubt in Annaberg im Erzgebirge, wo der Betrieb hinkommen soll, Arbeiter und Arbeiterinnen zu finden, die man noch mehr ausbeuten kann, als man es hier schon in Berlin getan hat.

Es werden also jetzt im Betrieb Entlassungen vorgenommen. Unter den zur Entlassung kommenden Arbeitern befinden sich viele, die 10, 20 und sogar zirka 30 Jahre die Arbeitskraft an die Firma verkauft haben, und somit im Betrieb alt und grau geworden sind. Die Firma gibt nun diesen Leuten, damit sie sich auch noch einen Strick zum Aufhängen kaufen können, wenn sie sich 15 bis 25 Jahr im Betrieb befinden, 30 (dreißig) Mark, und wenn sie es sogar fertig gebracht haben, über 25 Jahre treu zu dienen, 50 (fünfzig) Mark.

Die AEG., die sonst immer in ihren Zeitschriften und in der Oeffentlichkeit bekannt gibt, welche großartigen Wohlfahrtseinrichtungen sie hat, zeigt damit, daß bei ihr nicht alles so ist, wie man es immer darstellt. Diese „Abfindung", die man den Leuten gibt, muß von der Arbeiterschaft als Verhöhnung empfunden werden.

Ueberstundenwirtschaft bei Coundé.

Aus dem Wäscherei- und Plättereibetrieb der Firma Coundé, Rungestraße, ging uns folgende Beschwerde zu.

„Wir sind gezwungen, bei der Firma Coundé von morgens 7 Uhr bis abends 7½ Uhr zu arbeiten und nicht so leicht, trotzdem so viele Frauen arbeitslos sind. Uns wird dadurch die Zeit genommen, um uns Lebensmittel und den Haushalt zu besorgen."

Wir empfehlen der Gewerbeinspektion diese Klage zur gehörigen Nachprüfung und Abstellung, wobei wir selbstverständlich annehmen, daß die Arbeiterinnen nicht etwa in Gegenwart von Vertrauenspersonen der Firma gehört werden.

Konzentration der Gelben.

Unter dem Namen „Reichsausschuß werksgemeinschaftlicher Verbände" sind nach einem BS.-Bericht der Reichsbund „vaterländischer" Arbeiter- und Werkvereine, der Reichsbund deutscher Angestelltenberufsverbände und der Reichsverband deutscher Klein- und Straßenbahner sowie weitere „vaterländische" Berufsorganisationen zusammengetreten. Die Leitung des Reichsausschusses unterliegt einem vierköpfigen geschäftsführenden Vorstande. Mit der Bildung dieses Reichsausschusses sei die Einheitslinie aller auf dem Boden der Werksgemeinschaft stehenden Organisationen hergestellt. Der „Nationalverband" deutscher Berufsverbände, die bisherige Spitze der Gelben, ist damit erledigt.

Es muß Sache aller organisierten Arbeiter sein, der vom Unternehmertum begünstigten Ausbreitung der Gelbenseuche gehörig zu begegnen.

Achtung, SPD.-Fabrikarbeiter! Am Sonntag, 17. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Saal 3, Versammlung aller SPD.-Fabrikarbeiter. Vortrag über „Ursachen der Wirtschaftskrise". Referent: Genosse E. Barth. Parteiausweis legitimiert. Sympathisierende können durch Parteigenossen eingeführt werden. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Fraktionsvorstand.**

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eßlers; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N 24, Elsässer Str. 86–88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 1198 u. 11408 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9821

Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

3 Waggons Wirtschaftswaren

enorm billig!

Emaille

Kasserollen . . . 80, 65 48 Pf.
Schmortöpfe . 1.25, 95 75 Pf.
Kaffeekannen . . 95, 75 55 Pf.
Waschbecken mit Napf . 95 Pf.
Bazarwanne grau . . . . . 95 Pf.
Eimer grau, 28 cm . . . . . . 95 Pf.
Mülleimer neublau 1.95
Sand-Seife-Soda-Garn. 1.95
Eimer verzinkt 1.35
Maschinentöpfe weiß 65 Pf.
Nachtgeschirre . . . 95 75 Pf.

Wringmaschinen mit Holzwasserwalze 18.50
Volksbadewannen 24.50

Steingut

Teller tief oder flach . . . . . 15 Pf.
Salatieren weiß, 7teilig, Satz 1.95
Teller blau, Zwiebelmuster, tief oder flach . . . . 22 Pf.
Tassen mit Unterlassen, bunt 18 Pf.
Waschservice 5teilig, bunt 3.90

Waschkannen weiß und bunt . . . . ab 75 Pf.

Aluminium

Schmortöpfe mit Deckel 1.25, 95 85 Pf.
Maschinentöpfe Satz 3 Stück 1.95
Schaum- oder Schöpflöffel . . 85 Pf.
Eierteiler . . . . 55 Pf.
Omlettpfannen . . . . . 95 Pf.
Konsole mit Maß 1.65

Große Posten

Alumin.-Eßlöffel . . 10 Pf.
Tischbestecke . . . . 68 Pf.
Taschenmesser . . . 45 Pf.
Tortenheber . . . . . 95 Pf.

Preßglas

Käseglocke gepreßt . . . . 75 Pf.
Kompotteller gepreßt . . 8 Pf.
Wasserglas gepreßt . . . . 15 Pf.
Sportlikörgläser farbig 48 Pf.
Butterdosen . . . . 58 Pf.
Weinglas gereift . . . . . . 48 Pf.
Salatschale groß . . . . . . 85 Pf.
Kompotschale für 1 Pers. 10 Pf.
Sturzflaschen mit Glas . . 75 Pf.
Aschbecher . . . . 22 Pf.

Porzellan

Speiseteller Porzellan mit kleinen Fehlern . . . . 25 15 Pf.
Kaffeeservice Porzellan, 3 Personen 2.95
Kaffeeservice Porzellan, 6 Personen 4.90
Küchen-Garnituren 22teilig, Porzellan . . . 16.75 14.75

Große Posten
Tassen (Porzellan)
weiß 25 goldr. 35 blauh. 38 Pf.

Fruchtservice Porzellan, 7teilig 2.25
Kaffee-Kannen groß, weiß . . . . 75 Pf.
Ein Posten Goldr.-Teller tief oder flach . . . . 65 Pf.
Bier- od. Teebecher Mattbd., Goldr., geschliff. 16 22 28 Pf.
Weinrömer a. grün. Fuß 48 Pf.
Likörgläser a. Goldrand 22 Pf.

Emaille zum Aussuchen
mit kleinen Schönheitsfehlern, darunter:
Kasserollen, Wasserkessel, Schmortöpfe, Milchtöpfe, Durchschläger, Leitungsschoner, Deckel, Bratpfannen usw.
weit unter Preis!

Holzwaren

Auftragbretter 2.10, 1.45 95 Pf.
Quirle u. Löffel 15, 8 4 Pf.
Reibekeulen . . . . . . 20 15 Pf.
Fleischklopfer . . . . . . 20 Pf.
Waschbretter . . . . . . 85 Pf.
Quirlgarnitur 7teilig . . . 1.75
Besteckkasten 2teilig . . 95 Pf.
Wichs- u. Putzkasten 95 Pf.
Wäscheklammern 60 Stck. 28 Pf.
Fußbänke 1.45
10 Kleiderbügel . . . . 95 Pf.

Seifen — Parfümerien

Blumenseife 12 Stck. . . . 90 Pf.
Kirschblütenseife 5 Stck. 98 Pf.
Lilienmilchseife 4 Stck. . 95 Pf.

Kernseife ca. 300 Gramm, 2 Riegel . . 35 Pf.
Schnitzel-Seifenpulv. 3 Pakete . . . . 48 Pf.

Glyzerin- oder Mandelseife 4 Stck. . . . . 95 Pf.
Goldlilienseife „Kappus" 3 Stck. . . . 95 Pf.
Badeseife ca. 150 gr. fein parfümiert, 3 Stck. 95 Pf.
Parfümzerstäuber mod. Must. 95 Pf.
Maniküre 5teilig, im Karton 95 Pf.
Kölnisch Wasser ½ Fl. 45, ¼ Fl. . . 75 Pf.

Lavend.-Badeseife ca. 150 Gramm, 3 Stck. im Karton 95 Pf.

Bürstenwaren

Scheuerbürsten . . . . . 28 Pf.
Schrubber . . . . 45 Pf.
Handwaschbürsten . . 9 Pf.
Roßhaarbesen 1.75
Roßhaarhandfeger . . 95 Pf.
Kokosbesen 1.25
Auftragbürsten . . . . . 12 Pf.
Glanzbürsten . . . . . . 38 Pf.

Brotbüchsen lackiert . . 3.50

Lederwaren

Isolierflasche ½ Liter . . 95 Pf.
Aktentasche Leder . 3.95 2.75
Markttaschen Leder . . . 3.95
Portemonnaie f. Scheine u. Hartgeld . 1.95
Einkaufsbeutel Leder . . 6.25
Handtaschen Rindleder, Kofferform . 7.50
Handtaschen Leder . . . 3.95
Party Cases die modernen Straßenkoffer Serie III 2.75 Serie II 1.75 Serie I 95 Pf.
Schüleretuis Leder . . . . 75 Pf.

Toilettepapier ca. 500 gr 3 Rollen 48 Pf.
Butterbrotpapier 50 Blatt 3 Pakete . . . . 48 Pf.

LINDEMANN & Co AKT. GES.

Berlin-Moabit ***Turmstrasse*** *Ecke Ottostrasse*